



So sollen sich auch zukünftig die Höhenlagen des Wesselbachtals präsentieren: ohne Windenergieanlagen.

FOTO: VOLKER BREMSHEY

Gegenwind hat sich gelohnt

Hohenlimburger Bürgerinitiative sieht sich durch die aktuellen Windradpläne der zukünftigen NRW-Landesregierung in ihrer Arbeit bestätigt

Von Volker Bremshey

Hohenlimburg. „Der Gegenwind gegen die Pläne der Stadt Hagen durch unsere Bürgerinitiative hat sich gelohnt. Wenn es diesen nicht gegeben hätte, hätte die Verwaltung die Ideen von neuen Vorrangzonen für Windenergieanlagen möglicherweise in Windeseile durchgeboxt.“ Das sagt Marco Piesche, Vorsitzender der im Jahr 2015 gegründeten Initiative „Gegenwind Hagen“. Denn nach den Plänen der neuen CDU / FDP Landesregierung sollen Windenergieanlagen zukünftig einen Abstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung haben; zusätzlich dürfen keine Windräder mehr im Wald aufgebaut werden.



„Wir müssen den Rohdiamanten Natur schützen.“

Marcos Piesche, Vorsitzender der Bürgerinitiative Gegenwind

Diese Nachricht haben die Hohenlimburger, die seit zwei Jahren gegen den Bau weiterer Windräder auf den Höhenrücken des Wesselbach- und des Nahmertales kämpfen, erfreut zur Kenntnis genom-

men. „Wir haben uns am Dienstag bei unserer Vorstandssitzung natürlich mit der Absichtserklärungen der neuen Landesregierung beschäftigt“, so Marcos Piesche, der ergänzt. „Der verkündete Abstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung bedeutet ‚10 H‘. Das heißt, dass eine Höhe von 150 Meter pro Windrad zugrunde gelegt wird. Besser wäre noch, wenn die Regierungskoalition die zehnfachen Höhe ohne Meterangabe fest schreiben würde. Das bedeutet bei 200 Meter hohen Windenergieanlagen eine Entfernung von 2000 Metern zu Wohnbebauung.“

Eine weitere positive Nachricht ist für ihn, dass die Windräder aus dem Wald verbannt werden sollen. „Es war nach unserer Einschätzung schon immer widersinnig, Windkraftanlagen in den Wald zu setzen. Um diese dort bauen zu können, muss Natur zerstört werden. Diese Natur ist ein Rohdiamant, den wir schützen müssen.“

Mehrheit auch im Rat der Stadt?

Piesche hofft, dass sich in den kommenden Monaten auch im Rat der Stadt Hagen eine Mehrheit findet, die sich den Plänen der neuen schwarz-gelben Landesregierung anschließen wird. Gleichwohl hält die Bürgerinitiative weiterhin den Kontakt zu einem Fachanwaltes. Dieser hatte, wie berichtet, ausführlich dargelegt, dass die aktuell gültigen Flächennutzungspläne

eigentlich nicht geändert werden müssen. Die Stadt Hagen hat jedoch bislang, ebenso wie die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde, eine solche Änderung für notwendig erachtet. Mit der Begründung, diese werde die Schaffung von Vorrangzonen ermöglichen und eine Verspargelung der Landschaft durch Windenergieanlagen verhindern. In diese Vorrangzonen, so um Hohenlimburg, sollen dann die Anlagen gebaut werden. Das scheint nunmehr, aufgrund der

räumlichen Nähe zur Wohnbebauung, vom Tisch.

Zufrieden nahm auch Peter Leisten, Sprecher der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung, zur Kenntnis, das sich der Wind in Düsseldorf gedreht hat. „Das ist eine gute Entwicklung für Hohenlimburg. Dadurch wird der Schutz der Landschaft wieder hergestellt.“

i Hintergründe zu diesem und anderen Windkraft-Streitfällen in der Region auf: wp.de/windkraft

